

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Helga Krismer-Huber

gemäß 39 Abs. 2 LGO 2001

an Landeshauptfrau-Stellvertreter Dr. Stephan Pernkopf

betreffend „Grünflächen und Erholungsflächen werden jetzt wichtiger als Bauland“, Stephan Pernkopf, Kurier 15. Juli 2019

Der Schutz vor Hochwasser wird angesichts der Klimakrise zu einer im Steigen begriffenen Maßnahme mit Steuergeldern. Genau deshalb ist mit den vorhandenen Mitteln effizient, umsichtig und nachhaltig zu wirtschaften. Im Zuge einer Bürgeranfrage sticht das Hochwasserprojekt in der Gemeinde Hofstetten-Grünau ins Auge, weil es sich durch wenig durchdachte Flächenwidmung auszeichnet. Seit jeher haben die Bäche einen natürlichen Verlauf und Wälder hatten die Kraft, Wasser rückzuhalten.

Heute ist der Hang ohne Baum und fördert den Abfluss von Regenwasser und auf dem anderen Hang fehlt gesunder Boden als Schwamm, weil die Wiese intensiv bewirtschaftet wird.

Die Verfehlungen in der örtlichen Raumplanung der Vergangenheit perpetuieren sich jetzt mit einem gigantischen Hochwasserschutzprojekt, so dass der natürliche Über- bzw. Ablauf des Baches zu Bauland auch noch umgewidmet werden soll.

Der bisherige Hochwasserschutz wurde seit vielen Jahren als Stückwerk betrieben. Dabei wurde unter anderem eine Wiese (rote Zone), die als natürliches Rezessionsbecken diente, mittels einer Staumauer abgesichert, umgewidmet und zur Bebauung freigegeben. Gerade als der Bau fertig war, stand er bereits unter Wasser, weil die Staumauer als Schutz nicht ausreichte. Diese Flächenwidmungsfehler der Vergangenheit, zu klein dimensionierte Verrohrungen des Baches und die Errichtung einer privaten (!) Brücke sorgen dafür, dass nun weitere Hochwasserschutzmaßnahmen notwendig werden. Besonders bei Starkregenereignissen könne die Wiesen der Umgebung in Hanglage, das Wasser nicht mehr aufnehmen, wie eingangs dargestellt.

Konkret soll eine 5 Meter hohe Staumauer errichtet werden, die die Benutzung einer Zufahrtsstraße unmöglich macht. Dafür müssen weitere Bäume abgeholzt werden und eine neue Zufahrtsstraße für am Hang liegende Grundstücke gebaut werden. Für zusätzliche Umwidmungen in Bauland auf der grünen Wiese werden hier somit bereits Vorkehrungen getroffen. Das alles in einem Naherholungsgebiet das regelmäßig von zahlreichen SpaziergeherInnen und RadfahrerInnen besucht wird.

Die Bevölkerung hat das Recht auf zeitgemäßen, sorgsamem Hochwasserschutz. Die Bevölkerung hat aber auch das Recht, zu hinterfragen, ob es nicht ein günstigeres Alternativprojekt geben kann. Denn statt immer nur an harte Verbauung zu denken,

sollten auch ökologisch vertretbarere Lösungen im Sinne der Bodengesundheit angedacht werden (Aufforstung, Bodengesundheit herstellen, Retentionsflächen vorsehen, Flächenwidmung anpassen, private Brücken entfernen,...) Die Klimakatastrophe mit neuerlichen unsinnigen Projekten zu bekämpfen kann in Zukunft noch fatalere Folgen haben.

Daher stellt die gefertigte Abgeordnete folgende

Anfrage

1. Wurden bei der Planung des aktuellen Hochwasserprojektes in Hofstetten-Grünau alternative, ökologisch vertretbarere Lösungen untersucht (zB: Maßnahmen im Bereich der Landwirtschaft, spezielle Bewirtschaftungsweisen...)? Wenn ja, was war das Ergebnis? Wenn nein, warum nicht?
2. Ist das Land Niederösterreich bereit für ein Pilotprojekt in Hofstetten-Grünau wie mit der Universität für Bodenkultur mit dem Ziel durch forst- und bodenbezogene Maßnahmen Schutz vor Hochwasser zu geben?
3. Wie viel hat das Land Niederösterreich bisher für Hochwasserschutzmaßnahmen in Hofstetten-Grünau investiert?
4. Wie viel wurde insgesamt in Hofstetten Grünau bereits für Hochwasserschutz ausgegeben?
5. Warum wurde die Umwidmung einer ursprünglich roten Zone in Bauland genehmigt?
6. Wie kann die Landesbehörde Umwidmungen in Gefährdungszonen zu Bauland bewilligen?
7. Wie vereint sich der Bau einer neuen Straße und voraussichtlich neuerliche Baulandwidmungen auf der grünen Wiese mit der Strategie des Landes zuerst Grünlandgrenzen zu fixieren, bevor über neue Häuser nachgedacht wird (Kurier-Artikel 15. Juli 2019)?
8. Warum wird in einem derart sensiblen Gebiet eine zusätzliche private (!) Brücke über einen Wildbach bewilligt, die, weil nur mit einer Verrohrung versehen, weitere Blockaden in Hochwassersituationen verursacht?